

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dinstags, Donnerstags und Sonnabends.
Preis vierteljährlich 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummern 8 Pf. — Insertionsgebühren pro kleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf. Bei mehrmaliger Insertion entsprechender Rabatt. — Inseraten-Aufnahme bis Abends 5 Uhr des vorhergehenden Tages. — Reclamen im Redactionstheil pro Zeile 20 Pf. — Geeignete Beiträge sind stets willkommen.

Nr. 26.

Donnerstag, 29. August

1878.

Für den Monat September

eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von 35 Pf. Neu eintretende Abonnenten machen wir auf die in dieser Nummer beginnende sinnige Erzählung: „Wenn's Mailüsterl weht“, einer bairischen Geschichte, aufmerksam und bemerken, daß ihnen der Anfang dieser Erzählung nachgeliefert werden wird.

Die Expedition.

Politische Rundschau.

* Waldenburg, 28. August 1878.

Das Socialistengesetz ist nunmehr vom Justizauschusse des Bundesraths diesem selbst in der Sitzung am Dienstag vorgelegt worden. Das „Reichsamt für Vereinswesen und Presse“ ist aus dem Entwurfe entfernt und dafür der Bundesrath als Recursinstanz für Beschwerden gegen ortspolizeiliche Verfügungen, betreffend das Verbot von Druckschriften, Vereinen und Versammlungen eingesetzt. Der sogenannte Ausweisungsparagraph (§ 23) ist im Prinzip beibehalten; nach demselben können Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder auf Grund dieses Gesetzes bestraft worden sind, aus bestimmten Bezirken und Orten, Ausländer von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiet verwiesen werden. Bezüglich der Beschwerde-Instanz wird bestimmt, daß der Bundesrath aus seiner Mitte zur Entscheidung der an denselben auf Grund dieses Gesetzes gelangenden Beschwerden einen besonderen Ausschuss wählt. Der Ausschuss besteht aus 7 Mitgliedern; dieselben sind an Instruktionen nicht gebunden. Die Entscheidungen des Ausschusses werden im Namen des Bundesraths erlassen und sind endgiltig. Der früher eingebrachte Entwurf gestand dem Reichstage das Recht zu, über alle Maßnahmen erforderlichen Falls Entscheidung zu treffen und daß, falls der Reichstag zu irgend einer Verfügung nachträglich seine Genehmigung verweigere, die Verfügung alsdann zurückgenommen werden müsse. Nach der Vorlage des Justizauschusses ist der Bundesrath allein zuständig und giebt es gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht mehr. Es ist wohl zweifellos, daß sich der Reichstag dieses Recht unter keinen Umständen nehmen lassen wird. Ueber die Zeitdauer des Gesetzes ist in demselben ebenfalls nichts gesagt, wie schon bemerkt, ist von nationalliberaler Seite ein dahin gehender Wunsch ausgesprochen worden und wird dieser Punkt bei den Verhandlungen im Reichstage jedenfalls zur Sprache kommen.

Daß die Socialdemokraten vorzüglich organisiert sind, beweist wiederum die Thatsache, daß in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten von Amerika am Anfange d. s. vorigen Monats in socialistischen Kreisen fleißig gesammelt worden ist, um die Gefinnungsgenossen mit Geldmitteln für die Reichstagswahlen zu unterstützen. In Breslau waren z. B. alle Agitationsmittel mit dem 30. Juli erschöpft, und doch waren bei der Stichwahl wiederum genügende Mittel vorhanden. Liebknecht hatte den bedeutendsten Theil der amerikanischen Gelder ihnen zugewiesen, um mit ungeschwächten Kräften in die Stichwahlen eintreten zu können. Nicht ohne Erfolg, wie der

Leser wissen wird. So viel uns bekannt, ist ein Gleiches von den deutschen Socialdemokraten noch nicht geschehen und scheint es demnach fast, als wäre von der internationalen Socialdemokratie Deutschland als erste Versuchsstation zur Verwirklichung der socialistischen Volksbeglückung ausersucht. Die Deutschen sind von jeher immer die Dummen gewesen, sie sollen's auch in dieser Beziehung wieder sein.

Neben der „Berliner Freien Presse“ ist in Berlin auch das demokratische Organ „Die Waage“, in welcher ein sofort in die „Berl. Fr. Pr.“ übergegangener Artikel „Das Untergrabungsgesetz“ Aufnahme fand, confiscirt worden. Ferner wurde der bisherige Redacteur der „Berl. Fr. Pr.“, Paul Pulkrabet, am Sonnabend verhaftet.

Die im Berliner Vertrage vorgesehene internationale Commission zur Ausarbeitung eines Statuts, betreffend die Organisation Ostrumeliens, wird am 1. September in Konstantinopel zusammentreten; darauf wird sie sich nach Philippopol begeben, um sich über die Bedürfnisse und Verhältnisse Ostrumeliens an Ort und Stelle zu unterrichten und darauf im Einverständniß mit der Pforte die Anordnungen für die zukünftige Regierung des Landes zu treffen.

Auf dem Handelscongreß zu Paris ist ein überaus wichtiger Beschluß gefaßt worden. Es handelt sich dabei um die Schaffung eines internationalen Handelsvertrages. Der Congreß beschloß, eine Commission einzusetzen, welche dem im Jahre 1880 abermals und zwar in Belgien zusammentretenden Handelscongreß mit einem Berichte eine Vorlage über einen solchen internationalen Handelsvertrag unterbreiten soll. Auf die Einwendung einiger Mitglieder, daß der Vorschlag unpraktisch sei, wurde von einflussreicher Seite erwidert, daß ebenso gut wie internationale Post- und Telegraphenverträge auch ein internationaler Handelsvertrag geschaffen werden könne.

Aus Oesterreich kommen Dementis über die bereits gemeldete Ministerkrisis. Man darf aber doch wohl vermuthen, daß irgend etwas im Gange gewesen sein muß.

Harte Kämpfe müssen die österreichischen Besatzungstruppen bei der Einnahme von Serajewo zu bestehen gehabt haben. Raun hatten sie die ersten Häuser erreicht, so begann ein mörderischer Straßenkampf, an den sich Alt und Jung, Männer und Frauen, theilnahmen. Die Mohamedaner verbarrikadirten ihre Häuser und schossen auf die Soldaten; ein Kampf entwickelte sich, wie er eben nur vorkommen kann, wenn die durch blinden Fanatismus bis zur Grausamkeit gesteigerte Kampflust auch die Leidenschaften der Soldaten entseffelt. Auch türkische Frauen theilnahmen sich an dem Kampfe, sie gingen mit Handscharen auf die Soldaten los und blickten so gleichgiltig dem Tode entgegen, wie ihre Männer, Kinder griffen zum Gewehr und feuerten auf die Oesterreicher hinein, bis um 3 Uhr letztere die Stadt völlig in Händen hatten. Die Situation in der Herzegowina ist ebenfalls eine ernste, obgleich die Insurgenten bei Stolaz einen schweren Schlag erhielten, sind doch die herzegowinischen Moslems vom ärgsten Fanatismus befeelt. Die Insurgenten in Bosnien haben sich von Serajewo nach Gorebscheta zurückgezogen, wohin ihnen eine Colonne Oesterreicher folgt. Auf harte Kämpfe

macht man sich in Swornik gefaßt. In den Gebirgen wimmelt es von Insurgenten, welche die Straßen abgraben. — Verwundetentransportetrefsen in Wien jetzt fast täglich ein, nahezu die Hälfte der Angelangten ist schwer verwundet. Die Leute erzählen, daß sie von Tushla bis Doboj eine ganze Woche hindurch vom 9. bis 17. fast ununterbrochen im Feuer marschirt seien und harte Kämpfe zu bestehen hatten. Sie sagen aus, daß sie nur gegen reguläres türkisches Militär gefochten haben.

Ein socialistischer Arbeitercongreß sollte bei Gelegenheit der Weltausstellung in Paris stattfinden, allein die Pariser Polizei verbot einfach den Congreß. Die Socialdemokraten, rabiat geworden, wollen aber trotz des Verbots den Congreß abhalten. Ob ihnen das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls dürften sie dafür in strenge Bestrafung genommen werden.

Des Mordes an dem General Mesenzew dringend verdächtig sollen nach einer Meldung der „Dresd. N.“ zwei jüdische Studenten aus Kiew sein. Allen Behörden sind bereits deren Photographien eingehändigt worden, so daß es wohl nur eine Frage der Zeit ist, sie anzuhalten und zu verhaften. Der Plan, den General zu tödten, muß seit langer Zeit schon im Kopfe des Verbrechers zur Reife gekommen sein, da Mesenzew durch anonyme Briefe mehrfach gewarnt worden ist; doch beachtete er sie nicht weiter und pflegte jedesmal zu sagen: „Weshalb sollte man mich tödten wollen?“ Die verbrecherische That hat außerdem einen kaiserlichen Erlass hervorgerufen, worin gesagt wird, daß es eine Gruppe geheimer Bösegeister gäbe, die unter dem Einfluß social-revolutionärer und anderer zersetzender Lehren die Vernichtung des ganzen Staatsbaues anstrebt. Diese Uebelthäter verwerfen die Nothwendigkeit jeder gesellschaftlichen Ordnung, die Unverletzlichkeit des Eigenthums, die Heiligkeit des Familienbandes und selbst den Glauben an Gott. Alle die Verbrechen, welche diesen Leuten zuzuschreiben sind, sollen bis auf Weiteres den Militärgerichten zur Aburtheilung übergeben werden. Auf diejenigen Angeklagten, welche den Gerichten bis jetzt noch nicht übergeben sind, soll dieses Verfahren ausgedehnt werden.

Die Reformen in der asiatischen Türkei sind von der britischen Regierung der Pforte nunmehr vorgeschlagen, sie beziehen sich auf die Einrichtung einer Gendarmerie, Reorganisation des Steuerwesens und der Gerichte, sowie auf Schaffung eines Appellgerichtshofes. Die Pforte erklärte, sie besäße nicht die Mittel, um die geforderten Reformen durchzuführen und ersuchte gleichzeitig die britische Regierung um ihre Unterstützung behufs Aufnahme einer Anleihe.

Aus dem Muldenthale.

* Waldenburg, 28. August. (Andenken an Jahn.) Als im Jahre 1846 der Turnvater Jahn unsere Stadt mit seinem Besuche beehrte, erhielt unter Anderm auch der Kaufmann Adolf Schulze in Crimmitschau, der zum damaligen Feste hier anwesend war, zwei Andenken von ihm, ein Bild Jahns und eine Handschrift. Letztere dürfte Interesse genug bieten, um an dieser Stelle Aufnahme zu finden. Sie lautet: „Diese Schriftzüge sollen bloß beglaubigen und bestätigen. Nur deshalb sind sie als Schriftbild